

„Lust auf Europa“

Gegenwart und Zukunft der Regionen in der EU

Der Hauptausschuss debattierte unter der Leitung von Werner Jostmeier (CDU) über das Thema „Mitten in Europa – Zur Bedeutung der Regionen nach Lissabon.“ Als Experten waren geladen Elmar Brok, Vertreter des Europäischen Parlaments bei der Regierungskonferenz zur Reform der Europäischen Union, und Anton Kokalj, Vorsitzender des Europaausschusses des Parlaments der Republik Slowenien. Dieses Land, an der EU-Außengrenze, zwischen Österreich, Italien und Kroatien gelegen, hatte von Januar bis Juni 2008 die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union inne. Es ist das erste Mal, dass einer der neuen Mitgliedsstaaten, ein post-sozialistischer, ein slawischer Staat die Präsidentschaft übernommen hat.

Dementsprechend bildete der Dialog mit den Balkanstaaten, die Stabilität insbesondere der westlichen Balkanländer, einen Schwerpunkt der europäischen Politik der letzten Monate. Nicht ohne Stolz konnte Anton Kokalj darauf verweisen, dass die vor allem von Serbien nicht akzeptierte Unabhängigkeitserklärung des Kosovo trotz aller Warnung relativ ruhig und friedlich über die Bühne gegangen sei. Hier wie auch in anderen Fragen habe die slowenische Präsidentschaft viel stille „Hintergrunddiplomatie“ geleistet. Ein Grund mehr, dass der „interkulturelle Dialog“ zu einem weiteren Eckstein des letzten Halbjahres wurde.

Natürlich müssten auch die anderen Politikbereiche vorangetrieben werden: allen voran die Ratifizierung des Vertrags zur Reform der Europäischen Union (der sogenannte „Lissabonvertrag“, der die wirtschaftliche um eine politische und soziale Dimension ergänzen soll). Dann die Forcierung der sogenannten „Lissabonziele“, die vor allem über die Stärkung der „Wissensgesellschaft“, des grenzüberschreitenden Handels sowie des umweltschonenden Wirtschaftens und einer nachhaltigen Energieversorgung die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen soll. Damit einher gehe auch die Weiterentwicklung der internationalen Rolle der EU. Als ein

wesentliches Ergebnis der slowenischen Ratspräsidentschaft hob Kokalj die bereits jetzt erörterte Umsetzung des Reformvertrags hinsichtlich des Ausbaus der Rolle der nationalen Parlamente wie auch – davon abgeleitet – der regionalen Parlamente mit gesetzgeberischen Befugnissen hervor.

NÄHER BEI DEN BÜRGERN

In die gleiche Kerbe schlug Elmar Brok, der als Europaabgeordneter maßgeblich an den Anläufen zu einer politischen Union mitgewirkt hat. Klimawandel, grenzüberschreitende Kriminalität, Terrorismus, Globalisierung oder Migration – alle diese Themen erforderten eine handlungsfähige Union, so sein Credo. Dies müsse aber begleitet werden durch eine Stärkung der demokratischen Strukturen der Union: sprich einer Stärkung des europäischen Parlaments (das laut dem vorliegenden

Reformvertrag zu einem gleichberechtigten Gesetzgeber werden soll), aber auch – gemäß dem sogenannten Subsidiaritätsprinzip – der nationalen Parlamente.

Dieses bedeute aber auch eine Stärkung der regionalen Parlamente, die bei Annahme des Reformvertrags entweder über den Europäischen Ausschuss der Regionen wie über ihr nationales Parlament Einfluss ausüben könnten. Immerhin seien die Regionen über den „Lissabonvertrag“ zum ersten Mal rechtlich abgesichert, auch wenn man keine einheitliche, zentralisierte Definition ihrer Rolle und Befugnisse anstrebe. „Mäßigung mag sich lohnen“, so lautete nicht nur für diesen Bereich der Ratschlag des erfahrenen Europapolitikers. In dem sich formierenden neuen Europa regte er eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit an; es könne sinnvoll sein, dies über eine sogenannte „Grenzklausel“ abzusichern, die gerade die Grenzregionen vor zuviel nationaler oder gar europäischer Regulierung schützen soll. In diesem Sinne könne die neue europäische Kompetenzverteilung eventuell auch im positiven Sinne „erzieherisch“ wirken, meinte Brok mit einem Seitenblick auf den bundesdeutschen Föderalismus.

„Europa als Union im Interesse der Bürger“ und „Europa beginnt hier bei uns“ war denn auch das Fazit, das man mit Blick auf die anschließende Diskussion im Hauptausschuss mit den beiden Gästen ziehen konnte. Ein gelungener Auftakt. CW

Landtagspräsidentin Regina van Dinter begrüßte die europäischen Gäste. Anton Kokalj, Mitglied des slowenischen Parlaments, und Elmar Brok, Mitglied des Europäischen Parlaments, trugen sich vor der Sitzung des Hauptausschusses in das Gästebuch des Landtags ein. Foto: Schälte



Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Ilka Freifrau von Boeselager
(CDU)



Wolfram Kuschke (SPD)



Europapolitische Themen spielen im Landtag...

... überall eine wichtige Rolle: von A wie Agrarpolitik bis Z wie Zuwanderungspolitik. Rund 80 Prozent unserer rechtlichen Vorgaben kommen aus Brüssel – sie betreffen wirklich alle Ressorts. Als größte Region Europas hat NRW die Europapolitik deshalb im Hauptausschuss des Landtags angesiedelt.

... immer schon eine große Rolle. Es gibt aber noch eine Menge zu klären. Zum Beispiel haben die Länder nach der ersten Föderalismusreform bei Medien, Kultur und Bildung die Hoheit. Wir müssen regeln, wie, wo und wann hier die Landesparlamente als höchste Entscheidungsinstanz einbezogen werden.

Wenn NRW seine Position in Europa halten und stärken will...

... muss Europa als Friedensordnung, als Raum der wirtschaftlichen Prosperität, der sozialen Sicherheit und vor allem als Heimat gestaltet werden. Gerade auch junge Menschen sollen das richtig erleben. Mit einem Antrag zur Stärkung der Europaschulen haben wir diesen Ansatz untermauert.

... dann darf es nicht als Solist auftreten. Wir sind zwar groß und selbstbewusst, aber wir brauchen auch starke Bündnispartner für unsere jeweiligen Anliegen. Es fehlt hier zurzeit an gemeinsamen Initiativen mit anderen Regionen, insbesondere in wichtigen industrie- und standortpolitischen Fragen.

Die Idee „Benelux plus NRW“ ist...

... für die CDU-Fraktion ein Herzensanliegen, weil sie den europäischen Gedanken von Freundschaft und Zusammenarbeit konkretisiert. Der neu aufgelegte Vertrag über die Benelux-Union, der 2010 in Kraft treten soll, baut Grenzen weiter ab und bietet neue Gestaltungsmöglichkeiten vertiefter Zusammenarbeit.

... auf dem Papier ganz sympathisch, scheitert aber einerseits an der verfassungsrechtlichen Realität und andererseits ganz praktisch daran, dass man sich im Beneluxraum alles andere als einig ist. Besser als eine solche Politik von oben, sind Ansätze von unten, insbesondere auf Basis der konkreten Arbeit der Euregios.

Die vier Euregios in NRW haben viel erreicht. Jetzt...

... müssen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter ausbauen und den Mehrwert auch in den größeren europäischen Raum tragen. Der kulturelle, wirtschaftliche und soziale Austausch, den die Euregios so erfolgreich verdichtet haben, muss Vorbild für die Europäische Union der 27 werden.

... muss man neue Wege gehen und den Euregios mehr Spielraum geben. Die Niederländer und Belgier sind zum Teil schon viel weiter als wir. Wir müssen hier nicht mehr länger nur an grenzüberschreitende Radwege, sondern an knallharte Standortfragen in einer großen Nordwestregion denken. Ein Logistikverbund Venlo-Duisburg in der Euregio Rhein-Waal wäre dafür ein Beispiel.

NRW ist für die Aufgabe als Logistikzentrum und Transitland Nr. 1...

... bestens gerüstet und weiter gefordert. Um die Landeshauptstadt Düsseldorf leben im Radius einer Lkw-Tagesreise rund 150 Millionen Menschen. NRW hat eine der leistungsfähigsten Verkehrsinfrastrukturen, die wir in puncto Umweltverträglichkeit und Funktionalität klug weiterentwickeln werden.

... dank jahrzehntelanger hervorragender Arbeit auch gut gerüstet. Wir müssen aber schnell die wichtige Frage der Seehafenanbindung klären. Auch solche Debatten wie um den Flughafen Köln sind keine gute Standortwerbung. So etwas wird in Europa registriert und löst dort nur Kopfschütteln aus.

Die Bündelung von Europawahl und Kommunalwahl in NRW...

... kommt beiden Wahlen zugute und wird schon in acht anderen Bundesländern erfolgreich praktiziert. Die Zusammenlegung reduziert die Wahltermine, spart Kosten und wirkt der Wahlmüdigkeit entgegen. Wichtig ist, dass die Themen der beiden Wahlen zwischen „kommunal“ und „europäisch“ klar zu trennen sind.

... ist in der beabsichtigten Art und Weise rechtlich und politisch fragwürdig. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf eine zügige und klare Umsetzung von Wahlergebnissen, was nach den Absichten der Landesregierung bei den Räten, Kreistagen, Bürgermeistern und Landräten nicht gegeben ist.

Das Markenzeichen NRW ist in Europa...

... ein Aushängeschild. In dem Wissen, dass das große Plus europäischer Politik für jeden Einzelnen auch wirklich fassbar werden muss, betreibt NRW über seine neu aufgestellte Landesvertretung in Brüssel eine zielorientierte und aktive Interessenvertretung.

... gut angesehen, aber im Standortmarketing noch mehr zu nutzen. Dabei muss es um klare Strategien, Vernetzung und Kooperation gehen und nicht um die Frage, ob die Schreibweise „NRW“ genutzt oder „Nordrhein-Westfalen“ ausgeschrieben wird.

Diesmal sind es die europapolitischen Sprecher der Fraktionen.

Dietmar Brockes (FDP)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



... regelmäßig eine Rolle, leider manchmal eine untergeordnete. Gerade weil NRW die bevölkerungsreichste Region in der EU ist, sollte sich das Parlament als Gesetzgeber noch stärker proaktiv in den europäischen Einigungsprozess einbringen und die guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten weiter intensivieren.

... muss Nordrhein-Westfalen zum Innovationsland werden. Und seit der Regierungsübernahme von FDP und CDU befindet sich unser Land auf bestem Weg dazu. NRW ist die europäische Kernregion im Herzen der EU, es ist zentrale Drehscheibe für Wirtschaft, Handel und Verkehr und muss dies auch bleiben.

... richtig und wichtig. Im zusammenwachsenden Europa erhält die partnerschaftliche Zusammenarbeit, die NRW gerade mit seinen direkten Nachbarländern pflegt, immer stärkere Bedeutung. Die Interessen dieser „neuen europäischen Region“ werden so besser gebündelt, gemeinsame Projekte schneller realisiert.

... bedarf es einer Fortentwicklung. In den Euregios wird bereits europäisch gedacht und gehandelt. Teile der Politik laufen dem jedoch hinterher. Viele gesetzliche Vorgaben hemmen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu meinem Bedauern noch.

... gut, aber noch nicht gut genug gerüstet. Aufgrund zu geringer Investitionen des Bundes besteht bei Ausbaumaßnahmen im NRW-Autobahnnetz Nachholbedarf. Um die stark wachsenden Güterverkehre zu bewältigen, müssen der Eiserne Rhein und die Betuwe-Linie zu leistungsfähigen Schienenverbindungen ausgebaut werden.

... stärkt beide Wahlen und führt zu steigender Wahlbeteiligung, da neben Inländern auch EU-Bürger bei beiden Wahlen berechtigt sind. Eine höhere Beteiligung bei der Europawahl führt dazu, dass mehr Abgeordnete aus NRW ins Europäische Parlament entsandt und regionale Interessen besser vertreten werden.

... die Lage im Herzen von Europa mit seinen vielen unterschiedlichen schönen Regionen, freundlichen Menschen und erfolgreichen Unternehmen, wo Bewährtes und Traditionelles bewahrt und Innovationen mutig und kompetent angegangen werden.

... eine immer wichtigere Rolle – auch wenn ihnen oftmals nicht die Aufmerksamkeit zukommt, die eigentlich angemessen wäre. Immerhin werden heute 80 Prozent der deutschen Gesetze auch durch Vorgaben aus Brüssel mitbestimmt. Deswegen muss sich der Landtag frühzeitig in die europäischen Debatten einschalten.

... muss das Land seine Interessen klären und klar Position gegenüber Berlin und gegenüber Brüssel beziehen. Dabei sollten auch der Landtag und die einzelnen Fraktionen stärker in Brüssel präsent sein.

... nicht zeitgemäß. Die Zusammenarbeit mit den Benelux-Ländern ist gut, sie muss gepflegt und ausgebaut werden. Dies sollte aber im Rahmen der Europäischen Union und nicht mit NRW „als 5. Rad“ des doch etwas altertümlichen Benelux-Vertrags passieren.

... müssen wir die Erfolge in die Breite tragen und noch mehr Menschen und Einrichtungen für eine Beteiligung gewinnen. Das Europa der Regionen wächst von unten.

... nicht gerüstet. Die einseitige Straßenvorrangpolitik der Regierung führt zu einer LKW-Lawine mit erheblichen Folgen für Mensch und Umwelt. Wir brauchen keine Monstertrucks, sondern die Verlagerung von Güterverkehr auf Züge und Schiffe, z. B. durch eine Staffelung der LKW-Maut nach Entfernung.

... ist ein durchsichtiges parteitaktisches Manöver von CDU und FDP, das zudem aus europapolitischer Sicht extrem peinlich ist. Schließlich hofft vor allem die FDP davon zu profitieren, dass die Wahlbeteiligung bei der Europawahl geringer sein wird als bei der Bundestagswahl im Herbst.

... immer noch zu wenig bekannt. Um so mehr ist es Aufgabe auch des Landtags, die Pluspunkte NRW – nämlich seine wirtschaftliche Stärke, seine kulturelle Vielfalt, seine immense Integrationsleistung – immer wieder positiv herauszustellen.

Schlag auf Schlag

Idee und Umsetzung:
Jürgen Knepper und
Sebastian Wuwer.

Handlungsfähigkeit der EU stärken

Hauptausschuss berät weitere Schritte im Einigungsprozess

Klima und Energie, Sicherheit, Landwirtschaft, Einwanderung und Asyl – alles Themen, die eine einzelne Region, ja auch ein einzelner Staat nicht mehr allein lösen kann. Daher standen sie im Mittelpunkt des Berichts vom französischen Generalkonsul Gilles Thibault am 21. August 2008 im Hauptausschuss des Landtags. Unter der Leitung seines Vorsitzenden Werner Jostmeier (CDU) nutzte der Ausschuss diesen Anlass, um auch weitere europapolitische Themen wie die Stärkung eines Europas der Regionen zu erörtern. Ein weiterer Hintergrund: Am Tag der Sitzung jährte sich zum 40. Mal der Jahrestag der gewaltsamen Niederschlagung des „Prager Frühlings.“ Die Vision eines friedlichen Zusammenlebens der Völker einte daher die verschiedenen Fraktionen.

Generalkonsul Gilles Thibault betonte in seiner Rede über das Programm der französischen Ratspräsidentschaft (von Juli bis Dezember 2008) zunächst die europäische Zusammenarbeit im Bereich Energiesicherheit und Klimaschutz. Es wird angestrebt, in einem Energiepaket alle diesbezüglichen Gesetzestexte vor Ende der Legislaturperiode des EU-Parlaments im Juni 2009 zu verabschieden. Ebenfalls als Paket sollen gemeinsame Grundsätze zur Einwanderungs- und Asylpolitik behandelt werden, und zwar nicht gegen, sondern in Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Eine größere Übereinstimmung und Handlungsfähigkeit im Bereich der europäischen Sicherheit war der dritte Schwerpunkt seiner Rede. Hier spielte das Thema „Kaukasus“ natürlich eine zentrale Rolle. Abschließend kündigte Thibault für die Zeit nach 2013 eine Überprüfung

der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) an.

Dass die Zusammenarbeit in Europa, dass die deutsch-französische Freundschaft nicht selbstverständlich ist, sondern immer wieder neue Anstrengungen erfordert, hob die CDU-Sprecherin im Ausschuss, Ilka von Boeselager, hervor. Der SPD-Sprecher, Wolfram Kuschke, stellte die Rolle der Regionen auch im europäischen Konzert heraus. Allerdings mahnte er mit einem kleinen Seitenblick auf Frankreich als derzeitigem Ratspräsidenten auch eine gewisse Zurückstellung eigener Interessen an. Für Grünen-Sprecherin Sylvia Löhrmann waren die Reform der EU-Institutionen und die damit verbundene stärkere Handlungsfähigkeit der EU von zentraler Bedeutung.

An diese Punkte knüpfte auch Europaminister Andreas Krautscheid an. Er unterstrich die

Bedeutung des Reformvertrags von Lissabon, aber auch die Notwendigkeit fairer Rahmenbedingungen im Bereich von Energieerzeugung und -verbrauch. Mit Blick auf das Frankreich-NRW-Jahr 2008/2009 verwies er auf dessen Ausrichtung mit langfristiger Perspektive. Dies werde auch dadurch deutlich, dass die politische Delegation nach Paris am 3. Oktober von 2.000 Kindern und Jugendlichen begleitet werde.

Die Vorbereitung und die Abschätzung der Folgekosten der europäischen Dienstleistungsrichtlinie war zweiter Tagesordnungspunkt des Hauptausschusses. Hier geht es unter anderem um die Einrichtung „Einheitlicher Ansprechpartner“, die Überprüfung der Übereinstimmung des deutschen Rechts mit der Richtlinie (Normenscreening) sowie die Zusammenarbeit mit Behörden aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Den Bundesländern kommt bei der Umsetzung der Richtlinie also eine besondere Rolle zu. Staatssekretär Karsten Beneke sagte die notwendigen Schritte und Informationen noch für dieses Jahr zu. Daher wird das Thema auf einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses weiter erörtert.

Die Stärkung des Europas der Regionen war das Ziel eines Antrags von CDU und FDP („Ratifizierung des Vertrags von Lissabon positiv begleiten“, Drucksache 14/6674) sowie eines zweiten Antrags der SPD („Europa ist einen großen Schritt vorangekommen, aber noch nicht am Ziel“, Drucksache 14/6756). Alle Fraktionen waren sich aber einig, angesichts der aktuellen Probleme bei der Ratifizierung mit der Weiterbehandlung dieser Anträge zu warten. Sie wollen versuchen, „zum richtigen Zeitpunkt“ eine gemeinsame Positionierung zu finden.

Der Sachstandsbericht der Landesregierung zum Allfraktionen-Beschluss „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen keine Chance geben!“ rundete die Ausschusssitzung ab, die auf Fragen des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker ausgerichtet war. Wie die Beiträge von Edgar Moron (SPD), Ilka von Boeselager (CDU) und Sylvia Löhrmann (GRÜNE) zeigte, war man sich fraktionsübergreifend darüber einig, dass der Rechtsextremismus mit seinen neuen, subtilen Methoden eine der größten Gefahren für Pluralismus und Demokratie darstellte. Auch in Zusammenarbeit mit anderen Ausschüssen sollen konkrete Möglichkeiten zu dessen Bekämpfung erörtert werden. ■

Ausschussvorsitzender Werner Jostmeier (li.) begrüßte den französischen Generalkonsul Gilles Thibault. Foto: Schälte